

Die SED und die Jugend



Erstes Jugend-Parlament zu Pfingsten in Brandenburg a. d. Havel

Von allen Problemen, die die SED heute lösen muß, ist das der Jugend zweifellos eines der wichtigsten und schwierigsten. Niemand wird leugnen, daß die materielle und geistige Lage der heranwachsenden Generation eine besonders mißliche ist. Es genügt aber nicht, diese Tatsache allgemein anzuerkennen, sondern es ist notwendig, die besonderen Verhältnisse, unter denen die deutsche Jugend lebt, genau zu studieren, um daraus die praktische Schlußfolgerung zu ziehen. Selbst in unseren Reihen finden sich Mitglieder — und es sind nicht immer die schlechtesten —, die die grundsätzliche Haltung der SED in der Jugendfrage noch nicht begriffen haben.

Diese grundsätzliche Haltung der SED in der Jugendfrage kommt in dem Verzicht auf eine eigene Jugendorganisation klar zum Ausdruck. Was bedeutet dieser Verzicht? Kurzsichtige sehen darin nur ein Manöver oder eine Finte. Wer sich aber ehrlich und eingehend um die Klärung der politischen Probleme bemüht, wird feststellen, daß die deutsche Arbeiterbewegung diesen neuen Weg bereits seit mehr als 10 Jahren beschritten hat. Schon in den Jahren seit 1935 schlossen sich in den verschiedenen Zentren der Emigration junge Sozialdemokraten, Kommunisten, Katholiken, ehemalige „Bündische Jugendliche“ und Parteilose zu den Gruppen der „Freien Deutschen Jugend“ zusammen, die auch mit den demokratischen Jugendorganisationen in der Welt bald einen regen und engen Kontakt aufnahmen. Also waren schon damals in der antifaschistischen Jugendbewegung die Konsequenzen aus den Fehlern der Vergangenheit gezogen worden, Fehler, die vor allem in der Zerrissenheit der deutschen Jugendbewegung vor 1933 bestanden haben. Vor 1933 gab es in der gesamten deutschen Jugendbewegung keine Organisation, auf deren Programm sich alle demokratischen Kräfte der deutschen Jugend zum Kampf für die Verteidigung der Demokratie gegen den drohenden Faschismus hätten finden können.

Neben den Erkenntnissen aus* der Vergangenheit wird die Jugendpolitik der SED von der Notwendigkeit der

Gegenwart bestimmt. Der übergroßen Mehrheit der deutschen Jugend ist durch 12 Jahre faschistische Erziehung demokratisches Denken im allgemeinen und Marxismus im besonderen vollkommen fremd geblieben. In breiten Kreisen der Jugend ist noch immer eine starke Abneigung gegen die Politik, eine große Gleichgültigkeit gegenüber den sozialen und nationalen Problemen unseres Volkes zu beobachten. Die Jugend fühlt sich durch die faschistischen Machthaber mißbraucht und betrogen und steht begrifflicherweise allem Neuen zunächst noch mißtrauisch gegenüber. Die faschistische Erziehung und vor allem der Krieg haben ein übriges dazu getan, um die Jugend in den primitivsten Fragen des menschlichen Denkens und Handelns gründlich zu vergiften. Wer die Jugend am Arbeitsplatz, im Verkehr der Geschlechter untereinander, in der Einstellung zum Wissen, in ihrem Verhältnis zu den Erwachsenen, in ihrer Sucht nach dem Vergnügen betrachtet, wird zugeben, daß eine völlige Neuerziehung auf demokratischer Grundlage notwendig ist. Die Neuerziehung der Jugend ist aber davon abhängig, in welchem Maße es gelingt, die Jugend selbst am demokratischen Aufbau unserer Heimat zu interessieren und aktiv zu beteiligen. Diese erste Aufgabe der Einreihung der deutschen Jugend in die antifaschistische Aufbaufront kann nicht das Werk einer parteipolitisch begrenzten Jugendorganisation sein. Die SED hat wiederholt klar zum Ausdruck gebracht, daß der Neuaufbau Deutschlands nicht das Werk einer Partei sein kann, sondern nur durch die gemeinsame Arbeit aller schaffenden Deutschen unter Führung der antifaschistisch-demokratischen Parteien und der Gewerkschaften verwirklicht werden wird. Auf die Jugend angewandt, heißt das: Die demokratische Neuerziehung der Jugend, die Sicherung einer glücklichen Zukunft kann nicht das Werk einer eventuell erst zu schaffenden sozialistischen Jugendorganisation sein, sondern wird nur durch die geeinte Kraft der gesamten deutschen Jugend unter Führung ihrer fortschrittlichsten Vertreter gewährleistet.

Deshalb haben im Vorjahre die Sozialdemokratische und Kommunistische Partei mit großer Genugtuung den Befehl